

(Auszug aus den)

Beschlüssen Nr. 60 - 83

der 5. ordentlichen, öffentlichen Sitzung
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am 24.04.2002

Drucksache Nr. 134/II

Antrag des Jugendhilfeausschusses
Kürzungen im Bereich der Jugendförderung
sowie Beschlussempfehlung des
Haushaltsausschusses

Beschluss Nr. 62

Die BVV hat beschlossen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Globalsummen für die Bezirke so ausgestattet werden, dass im Bereich der Jugendförderung keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden müssen. Eine durch Kürzung verursachte Schließung von Jugendfreizeitheimen kann nicht hingenommen werden. Vielmehr ist eine Umverteilung der Mittel aus Sonderprojekten der Landesebene auf die Bezirke vorzunehmen.

stellv. Bezirksverordnetenvorsteherin

Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung

12.6.02

1. Gegenstand der Vorlage: Beschluss Nr. 62
(Drucksache Nr. 134/II)
Antrag des Jugendhilfeausschusses
„Kürzungen im Bereich der
Jugendförderung“
2. Berichterstatterin: Bezirksstadträtin Otto
3. Die Bezirksverordnetenversammlung wird gebeten, von folgendem Kenntnis zu nehmen:

Die BVV hat am 24.04.2002 folgendes beschlossen:

„Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Globalsummen für die Bezirke so ausgestattet werden, dass im Bereich der Jugendförderung keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden müssen. Eine durch Kürzung verursachte Schließung von Jugendfreizeitheimen kann nicht hingenommen werden. Vielmehr ist eine Umverteilung der Mittel aus Sonderprojekten der Landesebene auf die Bezirke vorzunehmen.“

Dazu wird berichtet:

Mit Schreiben vom 10.5.2002 wurden Senator Böger und die Jugendpolitischen Sprecher der fünf Fraktionen im Abgeordnetenhaus über den Beschluss Nr. 62 der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf informiert.

Zugleich wurde um Unterstützung in zweierlei Hinsicht gebeten:

1. Modifizierung der Zuweisungsregeln im Globalsummensystem dergestalt, dass dem Bezirk tatsächlich die Möglichkeit verbleibt, im Rahmen der Haushaltsaufstellung den angemessenen Anteil an den Jugendhilfemitteln der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen und
2. vorrangige Sicherung der kontinuierlichen bezirklichen Arbeit aller Träger statt spezieller, verwaltungsaufwändiger kurzzeitiger Sonderprogramme, die im Ergebnis zu Lasten der Globalsummenzuweisung an die Bezirke finanziert werden.

Bisher liegt nur eine Antwort vor. Der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion äußert sich unterstützend.

Wir bitten, den Beschluß als erledigt zu betrachten.


Stäglin
Stellv. Bezirksbürgermeister


Otto
Bezirksstadträtin